



04.09.2025

---

## **20.451 n Pa. Iv. Marti Samira. Armut ist kein Verbrechen**

Bericht über die Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens

---

## Überblick

*Die Staatspolitische Kommission des Nationalrates (SPK-N) hat am 15. November 2024 ihr Sekretariat beauftragt, ein Vernehmlassungsverfahren zum Vorentwurf durchzuführen. Die Frist für die Vernehmlassung endete am 14. März 2025.*

*Der Vorentwurf sieht vor, das Ausländer- und Integrationsgesetz so zu ergänzen, dass bei der Prüfung eines allfälligen Widerrufs der Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung zwingend zu berücksichtigen ist, ob die betreffende Person ihre Sozialhilfeabhängigkeit durch eigenes Verschulden herbeigeführt hat und ihr Arbeitspotenzial oder andere Möglichkeiten, von der Sozialhilfe dauerhaft unabhängig zu werden, ungenügend genutzt hat.*

*Der Vorentwurf der SPK-N kodifiziert die Rechtsprechung des Bundesgerichts, wonach für den Widerruf einer Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung sowohl die Ursachen einer Sozialhilfeabhängigkeit als auch die Schwere des Verschuldens an dieser Abhängigkeit zu prüfen sind.*

*Insgesamt sind 83 Stellungnahmen eingegangen. 5 politische Parteien, 25 Kantone, die VKM, die KID, die SKOS und die SODK, 5 Dachverbände sowie 44 Hilfswerke, kirchliche Organisationen und andere interessierte Kreise haben eine Stellungnahme eingereicht.*

*Die Mehrheit der Kantone und die VKM sowie die SVP, die FDP und der Schweizerische Gewerbeverband lehnen die vorgeschlagene Kodifizierung der Rechtsprechung des Bundesgerichts ab. Diese sei weder notwendig noch führe sie zu einer Klärung der Rechtslage. Die heutige Rechtspraxis sehe bereits eine Prüfung der Verhältnismässigkeit beim Widerruf einer Bewilligung vor, die den anwendenden Behörden den für den Einzelfall notwendigen Handlungs- und Ermessensspielraum zugestehe. Bei der Ermessensausübung seien überdies zahlreiche weitere Aspekte zu berücksichtigen. In der vorgeschlagenen neuen gesetzlichen Bestimmung nur einen einzelnen Aspekt hervorzuheben, erscheine nicht zielführend, denn dies könne zu neuen Fragen in der Rechtsanwendung führen.*

*Eine Minderheit der Kantone sowie die Grünen, die SP, die SODK, die SKOS, Travail.Suisse und zahlreiche interessierte Kreise befürworten grundsätzlich den Vorentwurf. Die Kodifizierung der Praxis zur Prüfung des Verschuldens an der Sozialhilfeabhängigkeit könne einen Beitrag leisten zu mehr Klarheit in der Rechtsanwendung, zu mehr Rechtssicherheit sowie zur Vereinheitlichung der kantonalen Praxis. Die Befürworter fordern jedoch fast ausnahmslos, dass am ursprünglichen Wortlaut der parlamentarischen Initiative 20.451 Marti Samira festgehalten werde. Andernfalls würde dem eigentlichen Anliegen nicht Rechnung getragen, nämlich Ausländerinnen und Ausländern die Gewissheit zu geben, dass sie nach einem Aufenthalt von zehn Jahren bei einem Sozialhilfebezug nicht mehr um ihr Aufenthaltsrecht fürchten müssen.*

## 1. Ausgangslage

Die Staatspolitische Kommission des Nationalrates (SPK-N) hat am 15. November 2024 ihr Sekretariat beauftragt, ein Vernehmlassungsverfahren zum beiliegenden Vorentwurf durchzuführen. Die Frist für die Vernehmlassung endete am 14. März 2025.

Die SPK-N schlägt vor, das Ausländer- und Integrationsgesetz (AIG) so zu ergänzen, dass bei der Prüfung eines allfälligen Widerrufs der Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung zwingend zu berücksichtigen ist, ob die betreffende Person ihre Sozialhilfeabhängigkeit durch eigenes Verschulden herbeigeführt hat und ihr Arbeitspotenzial oder andere Möglichkeiten, von der Sozialhilfe dauerhaft unabhängig zu werden, ungenügend genutzt hat.

Der Vorentwurf der SPK-N kodifiziert die Rechtsprechung des Bundesgerichts, wonach für den Widerruf einer Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung sowohl die Ursachen einer Sozialhilfeabhängigkeit als auch die Schwere des Verschuldens an dieser Abhängigkeit zu prüfen sind.

Insgesamt sind 83 Stellungnahmen eingegangen. 5 politische Parteien (EVP, FDP, Grüne, SP, SVP), 25 Kantone (AG, AI, AR, BE, BL, BS, FR, GE, GL, GR, JU, LU, NE, NW, OW, SG, SH, SO, TG, TI, UR, VD, VS, ZG, ZH), die VKM, die KID, die SKOS und die SODK, 5 Dachverbände (SGB, SGV, sgv, SSV, Travail.Suisse) sowie 44 Hilfswerke, kirchliche Organisationen und andere interessierte Kreise (AGATHU, AIS, AL, AvenirSocial, Bil, Bin, Brava, Caritas, Caritas Zentralschweiz, CSP, DJS, EKF, EKFF, EKKJ, EKM, EKS, femmes protestantes, FER, FIZ, Freiplatzaktion Zürich, Frieda, FS, Heilsarmee Schweiz, HEKS, HelloWelcome, NKS, Plateforme Traite, SAH, Save the Children, SBAA, SFH, SFM, SMRI, Solidaritätsnetz Bern, sosf, spaz, SP60+, SRK, Stadt Zürich, SVF, UNICEF, VASOS, Verein Fabbrica di Zurigo, ZiAB) haben eine Stellungnahme eingereicht. Das BGer, das BVGer, die KKJPD, die Geschäftsstelle IVSK, der Schweizerische Arbeitgeberverband sowie der Schweizerische Vereinigung der Richterinnen und Richter SVR haben ausdrücklich auf eine Stellungnahme verzichtet.

Beim vorliegenden Bericht handelt es sich um eine Zusammenfassung der Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens. Er weist aus, ob die vorgeschlagene Bestimmung positiv oder negativ aufgenommen wurde und ob Änderungsvorschläge bestehen.

Im ersten Teil fasst der Bericht die Ergebnisse der Vernehmlassung zusammen (Ziff. 2). Im zweiten Teil äussert sich der Bericht im Detail zur vorgeschlagenen Bestimmung (Ziff. 3). Eine Liste der Teilnehmer, die geantwortet haben, findet sich in Ziffer 4. Für die detaillierten Begründungen wird auf die Originalstimmungen verwiesen.<sup>1</sup>

## 2. Hauptergebnisse

Die Mehrheit der Kantone (15), die VKM sowie die SVP, die FDP und der Schweizerische Gewerbeverband lehnen die vorgeschlagene Kodifizierung der Rechtsprechung des Bundesgerichts ab. Diese sei weder notwendig noch führe sie zu einer Klärung der Rechtslage. Die heutige Rechtspraxis sehe bereits eine Prüfung der Verhältnismässigkeit beim Widerruf einer Bewilligung vor, die den anwendenden Behörden den für den Einzelfall notwendigen Handlungs- und Ermessensspielraum zugestehe. Bei der Ermessensausübung seien überdies

<sup>1</sup> Abrufbar unter [www.fedlex.admin.ch](http://www.fedlex.admin.ch) > Vernehmlassungen > Abgeschlossene Vernehmlassungen > 2024 > Parl.

zahlreiche weitere Aspekte zu berücksichtigen. In einer neuen gesetzlichen Bestimmung nur einen einzelnen Aspekt hervorzuheben, erscheine daher nicht zielführend, denn dies könne zu neuen Fragen in der Rechtsanwendung führen.

Eine Minderheit der Kantone (10), die Grünen und die SP sowie die SODK, die SKOS, Travail.Suisse und zahlreiche interessierte Kreise befürworteten grundsätzlich den Vorentwurf. Die Kodifizierung der Praxis zur Prüfung des Verschuldens am Sozialhilfebezug könne einen Beitrag leisten zu mehr Klarheit in der Rechtsanwendung, zu mehr Rechtssicherheit sowie zu einer einheitlicheren Praxis der Kantone. Die Befürworter fordern jedoch fast ausnahmslos, dass am ursprünglichen Wortlaut der parlamentarischen Initiative 20.451 Marti Samira festgehalten werde. Ansonsten würde dem eigentlichen Anliegen nicht Rechnung getragen, nämlich Ausländerinnen und Ausländern die Gewissheit zu geben, dass sie nach einem Aufenthalt von zehn Jahren bei einem Sozialhilfebezug nicht mehr um ihr Aufenthaltsrecht fürchten müssen.

### **3. Ergebnisse im Einzelnen**

#### **Kodifizierung der Rechtsprechung zum Widerrufsgrund der Sozialhilfeabhängigkeit bei Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligungen (Art. 62 Abs. 1<sup>bis</sup> und 63 Abs. 1<sup>bis</sup> VE-AIG)**

Die im Vorentwurf vorgeschlagene Kodifizierung der Rechtsprechung des Bundesgerichts zur Prüfung der Ursachen, die zu einer Sozialhilfeabhängigkeit geführt haben, und des Verschuldens am Verbleib in der Sozialhilfeabhängigkeit wird von den Vernehmlassungsteilnehmern mehrheitlich abgelehnt.

Für die Gegner des Vorentwurfs besteht dafür keine Notwendigkeit, und die meisten Befürworter wünschen eine weitergehende Regelung, da der Vorentwurf nicht dem ursprünglichen Wortlaut der parlamentarischen Initiative 20.451 Marti Samira entspreche.

#### **Ablehnende Stellungnahmen**

- 2 Parteien (FDP, SVP)
- 15 Kantone (AG, AI, AR, BE, FR, GL, JU, NW, OW, SH, SO, TG, TI, UR, ZG) sowie die VKM
- 1 Dachverband (sgv)
- 1 interessierter Kreis (FER)

#### **Gründe für die Ablehnung**

Die SVP, die FDP sowie der sgv sehen in der Kodifizierung der Rechtsprechung des Bundesgerichts keine Klärung der Rechtslage. Sie weisen darauf hin, dass das geltende Recht und die Rechtspraxis bereits eine Prüfung der Verhältnismässigkeit beim Widerruf einer Bewilligung vorsehen. Der Vorentwurf könne sogar einen gegenteiligen Effekt haben und zu neuen rechtlichen Fragestellungen führen (SVP, sgv). Die FDP erachtet den Erhalt eines gewissen Anreizes zur Überwindung von Sozialhilfebezug und zur wirtschaftlichen Eigenständigkeit als essenziell für die langfristige Integration. Die heutige Regelung, wonach ein Bewilligungswiderruf nur erfolgen könne, wenn ein Sozialhilfebezug in vorwerfbarer Weise verschuldet sei, sei eindeutig. Dabei würden strukturelle Probleme nicht ausgeblendet.

Ähnlich argumentieren auch die VKM, die FER und mehrere Kantone (AG, AI, AR, BE, FR, GL, JU, NW, OW, SH, SO, TG, TI, UR, ZG). Die Frage des eigenen Verschuldens an der Sozialhilfeabhängigkeit sei im geltenden Recht verankert und werde in der Praxis in jedem zu beurteilenden Einzelfall konsequent berücksichtigt. Daher bringe die vorgeschlagene Kodifizierung im Gesetz keinen Mehrwert. Es wird auch darauf hingewiesen, dass bei der Ermessensausübung und der Prüfung der Verhältnismässigkeit eines Bewilligungswiderrufs zahlreiche weitere Aspekte zu berücksichtigen seien. Im Gesetz nur einen einzelnen Aspekt hervorzuheben, erscheine daher nicht als zielführend. Dies könne in der Rechtsanwendung zu neuen Fragen führen. Dazu gehöre zum Beispiel die Gewichtung des gemäss dem Vorentwurf neu gesetzlich verankerten Aspekts des Verschuldens an der Sozialhilfeabhängigkeit im Vergleich zu den anderen, nicht explizit im Gesetz normierten Aspekten wie die Integration, die Aufenthaltsdauer und die langfristige finanzielle Entwicklung der betroffenen Personen.

GL weist darauf hin, dass die Rechtsprechung des Bundesgerichts in diesem Kontext in Zukunft auch wieder geändert oder präzisiert werden könne. Es sei deshalb auch zu vermeiden, dass das Bundesgericht in seiner Freiheit bei der Rechtsprechung wegen der Bindung an die Bundesgesetzgebung unnötigerweise eingeschränkt werde. Auch SH argumentiert, dass der Rechtsprechung ein ausreichend grosser Handlungs- und Ermessensspielraum zu belassen sei, damit diese auf den jeweiligen Einzelfall eingehen und ihn angemessen würdigen könne.

TI erachtet den Vorentwurf als falsches Signal an die Ausländerinnen und Ausländer, die davon abgehalten werden könnten, sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Zudem wäre eine Präzisierung der Verschuldensfrage in der Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE, SR 142.201) wünschenswert. ZG erachtet die vorgeschlagenen Bestimmungen als zu ungenau. Daher sei auch weiterhin eine Abstützung auf die Rechtsprechung erforderlich. Zudem sei die heutige Regelung, welche die Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalls ohne die frühere «Schutzfrist» von 15 Jahren vorsehe (früher war ein Widerruf der Bewilligung nach dieser Frist ausschliesslich wegen eines Sozialhilfebezugs nicht mehr möglich), erst seit wenigen Jahren in Kraft. Eine erneute Änderung in die entgegengesetzte Richtung könne daher zu neuen Rechtsunsicherheiten führen. **Zustimmende Stellungnahmen**

- 3 Parteien (EVP, Grüne, SP)
- 10 Kantone (BL, BS, GE, GR, LU, NE, SG, VD, VS, ZH) sowie KID, SKOS und SODK
- 4 Dachverbände (SGB, SSV, SGV, Travail.Suisse)
- 43 Hilfswerke, kirchliche Organisationen und andere interessierte Kreise (AGATHU, AIS, AL, AvenirSocial, Bil, Bin, Brava, Caritas, Caritas Zentralschweiz, CSP, DJS, EKF, EKFF, EKKJ, EKM, EKS, femmes protestantes, FIZ, Freiplatzaktion Zürich, Frieda, FS, Heilsarmee Schweiz, HEKS, HelloWelcome, NKS, Plateforme Traite, SAH, Save the Children, SBAA, SFH, SFM, SMRI, Solidaritätsnetz Bern, sosf, spaz, SP60+, SRK, Stadt Zürich, SVF, UNICEF, VASOS, Verein Fabbrica di Zurigo, ZiAB)

## **Gründe für die Zustimmung**

Die zustimmenden Vernehmlassungsteilnehmer erachten die vorgeschlagene Kodifizierung der Gerichtspraxis zum Verschulden an der Sozialhilfeabhängigkeit als Beitrag zu mehr Klarheit in der Rechtsanwendung, zu mehr Rechtssicherheit sowie zu einer einheitlicheren Praxis der Kantone.

BL, LU, SG, VD und ZH sind mit dem Vernehmlassungsentwurf einverstanden.

Viele zustimmende Vernehmlassungsteilnehmer sprechen sich jedoch für eine weitergehende Gesetzesänderung aus, die sich stärker an der ursprünglichen Formulierung der parlamentarischen Initiative orientiert. Nur so sei es möglich, dem eigentlichen Anliegen der parlamentarischen Initiative gerecht zu werden und die Rechte der betroffenen Personen besser zu schützen (EVP, Grüne, SP, BS, GR, NE, KID, SKOS, SODK, AGATHU, AIS, AL, AvenirSocial, Bil, Bin, Brava, Caritas, Caritas Zentralschweiz, CSP, DJS, EKM, EKS, FIZ, Frieda, HelloWelcome, HEKS, NKS, Plateforme Traite, SAH, Save the Children, SBAA, SFH, SFM, SGB, SMRI, SRK, EKF, Solidaritätsnetz Bern, sosf, spaz, SSV, Verein Fabbrica di Zurigo, Stadt Zürich, UNICEF, ZiAB).

Ein Teil dieser Vernehmlassungsteilnehmer ist der Auffassung, dass ein Widerruf oder eine Rückstufung einer ausländerrechtlichen Bewilligung nach einer gewissen Aufenthaltsdauer grundsätzlich wegen einer Sozialhilfeabhängigkeit nicht mehr möglich sein sollte. Personen ohne Schweizer Pass, die in der Schweiz geboren oder vor Jahren in die Schweiz zugewandert sind, solle derselbe Zugang zu sozialen Rechten gewährt werden wie Schweizerinnen und Schweizern. Werde auf die Einführung einer solchen Schutzfrist verzichtet, müsse zumindest mehr Rechtssicherheit geschaffen werden. Dafür brauche es eine höhere Schwelle für den Bewilligungswiderruf, namentlich auch eine Anpassung der Begrifflichkeit des eigenen Verschuldens (SP, EKM, AGATHU, AIS, AL, AvenirSocial, Bil, Bin, Brava, Caritas, Caritas Zentralschweiz, DJS, EKS, femmes protestantes, FIZ, HelloWelcome, HEKS, NKS, Plateforme Traite, SAH, Save the Children, SBAA, SGB, SMRI, spaz, Verein Fabbrica di Zurigo, UNICEF, ZiAB).

NE und die SKOS sind der Ansicht, dass die Unsicherheit der Betroffenen verringert, die Integrationsmöglichkeiten gefördert und die Prekarität bekämpft werden könne, wenn nach 15 Jahren Aufenthalt in der Schweiz ein Widerruf aufgrund einer Sozialhilfeabhängigkeit nicht mehr möglich wäre. Die CSP, Freiplatzaktion Zürich, SFM, SMRI und sosf schlagen dafür eine Frist von zehn Jahren vor.

Bei der Beurteilung des Sozialhilfebezugs für den Widerruf der Bewilligung wird das im Vorentwurf enthaltene Kriterium des «eigenen Verschuldens» von vielen zustimmenden Vernehmlassungsteilnehmern als ungeeignet erachtet. Es solle stattdessen die in der parlamentarischen Initiative enthaltene Formulierung verwendet werden, wonach die betroffene Person die Situation, welche zur Bedürftigkeit geführt hat, mutwillig herbeigeführt oder mutwillig unverändert gelassen hat (EVP, Grüne, SP, BS, GR, NE, ZH, AGATHU, AIS, AL, AvenirSocial, Bil, Bin, Brava, Caritas, Caritas Zentralschweiz, CSP, DJS, femmes protestantes, FIZ, Freiplatzaktion Zürich, Frieda, EKF, EKFF, EKKJ, EKM, EKS, Heilsarmee Schweiz, HEKS, HelloWelcome, KID, NKS, Plateforme Traite, SAH, Save the Children, SBAA, SFH, SFM, SGB, SGV, SKOS, SMRI, SODK, Solidaritätsnetz Bern, sosf, SRK, SSV, spaz, Verein Fabbrica di Zurigo, Stadt Zürich, UNICEF, ZiAB).

Die SODK weist zudem darauf hin, dass der Begriff der «Mutwilligkeit» des Sozialhilfebezugs die Schwelle für den Widerruf der Bewilligung im Vergleich zum geltenden Recht und zum Vorentwurf der SPK-N erhöhen würde. Dies würde wohl auch dazu beitragen, dass weniger Personen aus Angst vor einem Widerruf der Bewilligung keine Sozialhilfe beziehen (so auch GR und ZH).

Das SFM regt zusätzlich an, eine Umkehrung der Beweislast einzuführen. Demnach müssten die Migrationsbehörden nachweisen, dass eine Sozialhilfe beziehende Person ihren Unterstützungsbedarf mutwillig herbeigeführt und/oder aufrechterhalten hat.

GE und VS erachten es als nicht sinnvoll, nur einen Aspekt der Verhältnismässigkeitsprüfung gesetzlich zu regeln (Verschulden am Sozialhilfebezug). Stattdessen solle das Verhältnismässigkeitsprinzip umfassend verankert werden und weitere Aspekte wie die persönliche, berufliche, familiäre, soziale und medizinische Situation umfassen.

VS weist zudem darauf hin, dass es für die Migrationsbehörden schwierig sei, das Verschulden an der Sozialhilfeabhängigkeit zu beurteilen. Aus diesem Grund sei die Zusammenarbeit zwischen den Migrations- und Sozialhilfebehörden sehr wichtig.

Mehrere Vernehmlassungsteilnehmer legen Formulierungsvorschläge für eine neue Gesetzesbestimmung vor (EVP, Grüne, BS, GE, GR, NE, SKOS, SODK, Brava, Caritas, Caritas Zentralschweiz, CSP, DJS, EKM, EKS, FIZ, Freiplatzaktion Zürich, Heilsarmee Schweiz, HEKS, NKS, Plateforme Traite, Save the Children, SBAA, SFH, SGB, SGV, sofs, SSV, Stadt Zürich, UNICEF).

### **Weitergehende Bemerkungen der Vernehmlassungsteilnehmer**

Einige Vernehmlassungsteilnehmer erachten die bestehende Verknüpfung der Sozialhilfe mit dem Ausländerrecht aus grundsätzlichen Überlegungen als problematisch (KID, SKOS, AIS, DJS, femmes protestantes, FIZ, Freiplatzaktion Zürich, SFH, Plateforme Traite, SGB, SMRI, UNICEF, ZiAB).

Mehrere Vernehmlassungsteilnehmer weisen auf die Angst der betroffenen Ausländerinnen und Ausländer vor den ausländerrechtlichen Konsequenzen eines Sozialhilfebezugs (insbesondere auch für die Kinder) und auf die damit verbundenen problematischen Folgen des Nichtbezugs von Sozialhilfe hin (EVP, Grüne, GE, NE, AGATHU, AIS, AL, AvenirSocial, Bil, Bin, Brava, Caritas, Caritas Zentralschweiz, EKF, EKKJ, EKM, femmes protestantes, FIZ, Frieda, HEKS, KID, NKS, Plateforme Traite, SAH, Save the Children, SBAA, SFH, SFM, SGB, SKOS, SMRI, Solidaritätsnetz Bern, sofs, SSV, SRK, Stadt Zürich, UNICEF, ZiAB).

Die SMRI erachtet es als sinnvoll, dass im Gegensatz zum ursprünglichen Wortlaut der parlamentarischen Initiative 20.451 Marti Samira im Vernehmlassungsentwurf das Verschulden der Betroffenen an ihrem Sozialhilfebezug bereits von Anfang an beachtet werden müsse. Allerdings bedauert es, dass der Vernehmlassungsentwurf die Beachtung des Verschuldens der Betroffenen nicht auch für die Rückstufung von einer Niederlassungs- auf eine Aufenthaltsbewilligung festhalte.

#### **4. Verzeichnis der Eingaben / Liste des organismes ayant répondu / Elenco dei partecipanti**

Kanton Aargau, Regierungsrat	<b>AG</b>
Kanton Appenzell Innerrhoden, Regierungsrat	<b>AI</b>
Kanton Appenzell Ausserrhoden, Regierungsrat	<b>AR</b>
Kanton Basel-Landschaft, Regierungsrat	<b>BL</b>
Kanton Basel-Stadt, Regierungsrat	<b>BS</b>
Kanton Bern, Regierungsrat	<b>BE</b>
Canton de Fribourg, Conseil d'État Kanton Freiburg, Staatsrat	<b>FR</b>
République et canton de Genève, Conseil d'État	<b>GE</b>
Kanton Glarus, Regierungsrat	<b>GL</b>
Kanton Graubünden, Regierungsrat	<b>GR</b>
République et Canton du Jura, Chancelier d'État	<b>JU</b>
Kanton Luzern, Regierungsrat	<b>LU</b>
République et canton de Neuchâtel, Conseil d'État	<b>NE</b>
Kanton Nidwalden, Regierungsrat	<b>NW</b>
Kanton Obwalden, Regierungsrat	<b>OW</b>
Kanton St. Gallen, Regierungsrat	<b>SG</b>
Kanton Schaffhausen, Regierungsrat	<b>SH</b>
Kanton Solothurn, Regierungsrat	<b>SO</b>
Kanton Thurgau, Regierungsrat	<b>TG</b>
Repubblica e Cantone Ticino, Consiglio di Stato	<b>TI</b>
Kanton Uri, Regierungsrat	<b>UR</b>
Canton de Vaud, Conseil d'État	<b>VD</b>

Canton du Valais, Conseil d'État  
Kanton Wallis, Staatsrat

**VS**

Kanton Zürich, Regierungsrat

**ZH**

Kanton Zug, Regierungsrat

**ZG**

Konferenz der städtischen und kantonalen Integrationsdelegierten  
Conférence suisse des délégués à l'intégration  
Conferenza svizzera dei delegati all'integrazione

**KID**  
**CDI**  
**CDI**

### **Politische Parteien / Partis politiques / Partiti politici**

Evangelische Volkspartei der Schweiz  
Parti évangélique suisse  
Partito evangelico svizzero

**EVP**  
**PEV**  
**PEV**

FDP Die Liberalen  
PLR Les Libéraux-Radicaux  
PLR.I Liberali Radicalii

**FDP**  
**PLR**  
**PLR**

GRÜNE Schweiz  
Les VERT-E-S suisse  
I VERDI svizzera

**Grüne**  
**Verts**  
**Verdi**

Schweizerische Volkspartei  
Union démocratique du centre  
Unione democratica di centro

**SVP**  
**UDC**  
**UDC**

Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
Parti socialiste suisse  
Partito socialista svizzero

**SP**  
**PSS**  
**PSS**

### **Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete / Associations faîtières des communes, des villes et des régions de montagne qui œuv- rent au niveau national / Associazioni mantello nazionali dei Comuni, delle città e delle regioni di montagna**

Schweizerischer Städteverband  
Union des villes suisses  
Unione delle città svizzere

**SSV**  
**UVS**  
**UCS**

Schweizerischer Gemeindeverband  
Association des Communes Suisses  
Associazione dei Comuni Svizzeri

**SGV**  
**ACS**  
**ACS**

20.451 n Pa. Iv. Marti Samira. Armut ist kein Verbrechen  
Bericht über die Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens

**Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft / Associations faïtières de l'économie qui œuvrent au niveau national / Associazioni mantello nazionali dell'economia**

Schweizerischer Gewerbeverband **sgv**  
Union suisse des arts et métiers **usam**  
Unione svizzera delle arti e mestieri **usam**

Schweizerischer Gewerkschaftsbund **SGB**  
Union syndicale suisse **USS**  
Unione sindacale svizzera **USS**

Travail.Suisse

**Weitere interessierte Kreise / Autres milieux concernés / Altre cerchie interessate**

AvenirSocial

Alternative Liste **AL**

Arbeitsgruppe für Asylsuchende Thurgau **AGATHU**

Arbeitsintegration Schweiz **AIS**

Bildung für alle – jetzt! **Bil**

Interessensgemeinschaft Binational **Bin**

Brava

Caritas Schweiz

Caritas Zentralschweiz

Centre social protestant **CSP**

Demokratische Juristinnen und Juristen Schweiz **DJS**  
Juristes démocrates de Suisse **JDS**  
Giuristi democratici svizzeri **GDS**

Eidgenössische Kommission für Familienfragen **EKFF**  
Commission fédérale pour les questions familiales **COFF**  
Commissione federale per le questioni familiari **COFF**

Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen Commission fédérale pour l'enfance et la jeunesse Commissione federale per l'infanzia e la gioventù	<b>EKKJ</b> <b>CFEJ</b> <b>CFIG</b>
Eidgenössische Kommission für Frauenfragen Commission fédérale pour les questions féminines Commissione federale per le questioni femminili	<b>EKF</b> <b>CFQF</b> <b>CFQF</b>
Eidgenössische Migrationskommission Commission fédérale des migrations Commissione federale della migrazione	<b>EKM</b> <b>CFM</b> <b>CFM</b>
Evangelisch-reformierte Kirche Schweiz	<b>EKS</b>
Fachverband Sucht	<b>FS</b>
Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration Centre d'assistance aux migrantes et aux victimes de la traite des femmes Servizio specializzato in materia di tratta e migrazione delle donne	<b>FIZ</b> <b>FIZ</b> <b>FIZ</b>
Femmes protestantes	
Fédération des Entreprises Romandes	<b>FER</b>
Freiplatzaktion Zürich	
Die feministische Friedensaktion	<b>Frieda</b>
HelloWelcome	
Heilsarmee Schweiz	
Hilfswerk der Evangelischen Kirchen Schweiz Entraide Protestante Suisse Aiuto delle chiese evangeliche svizzere	<b>HEKS</b> <b>EPER</b> <b>ACES</b>
Komitee für UNICEF Schweiz und Liechtenstein	<b>UNICEF</b>
Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren Conférence des directrices et directeurs cantonaux des affaires sociales Conferenza delle direttrici e dei direttori cantonali delle opere sociali	<b>SODK</b> <b>CDAS</b> <b>CSIAS</b>
Plattform «Zivilgesellschaft in Asyl-Bundeszentren» Plateforme «Société civile dans les centres fédéraux d'asile» Piattaforma «Società civile nei centri della Confederazione per richiedenti l'asilo»	<b>ZiAB</b> <b>SCCFA</b> <b>SCCA</b>

Netzwerk Kinderrechte Schweiz Réseau suisse des droits de l'enfant Rete svizzera diritti del bambino	<b>NKS</b>
Sans-Papiers Anlaufstelle Zürich	<b>spaz</b>
Save the Children	
Schweizer Plattform gegen Menschenhandel	<b>Plateforme Traite</b>
Schweizerisches Arbeiterhilfswerk Œuvre suisse d'entraide ouvrière Soccorso operaio svizzero	<b>SAH OSEO SOS</b>
Schweizerische Beobachtungsstelle für Asyl- und Ausländerrecht Observatoire suisse du droit d'asile et des étrangers Osservatorio svizzero sul diritto d'asilo e degli stranieri	<b>SBAA ODAE</b>
Schweizerische Flüchtlingshilfe Organisation suisse d'aide aux réfugiés	<b>SFH OSAR</b>
Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe Conférence suisse des institutions d'action sociale Conferenza svizzera delle istituzioni dell'azione sociale	<b>SKOS CSIAS COSAS</b>
Schweizerisches Rotes Kreuz Croix-Rouge suisse Croce Rossa Svizzera	<b>SRK CRS CRS</b>
Schweizerischer Verband für Frauenrechte Association suisse pour les droits des femmes	<b>SVF ADF</b>
Schweizerische Menschenrechtsinstitution Institution suisse des droit humains Istituzione svizzera per i diritti umani	<b>SMRI ISDH ISDU</b>
Solidaritätsnetz Bern	
Solidarité sans frontières	<b>sosf</b>
UNHCR Büro für die Schweiz und Liechtenstein	<b>UNHCR</b>
Vereinigung der Kantonalen Migrationsbehörden Association des services cantonaux de migration Associazione dei servizi cantonali di migrazione	<b>VKM ASM ASM</b>
Vereinigung aktiver Senior:innen- und Selbsthilfeorganisationen der Schweiz	<b>VASOS</b>
Verein Fabbrica di Zurigo	

Save the Children

SP60+

Stadt Zürich

Schweizerisches Forum für Migrations- und Bevölkerungsstudien **SFM**  
Forum suisse pour l'étude des migrations et de la population **SFM**

## **Verzichte**

Schweizerischer Arbeitgeberverband  
Union patronale suisse  
Unione svizzera degli imprenditori

Bundesgericht **BGer**  
Tribunal fédéral **TF**  
Tribunale federale **TF**

Bundesverwaltungsgericht **BVGer**  
Tribunal administratif fédéral **TAF**  
Tribunale amministrativo federale **TAF**

Geschäftsstelle IVSK **IVSK**  
Centre opérationnel COAI **COAI**  
Centro operativo CUI **CUI**

Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -  
direktoren **KKJPD**  
Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux  
de justice et police **CCDJP**  
Conferenza delle direttrici e dei direttori dei dipartimenti cantonali di gi-  
ustizia e polizia **CDDGP**

Plattform «Zivilgesellschaft in Asyl-Bundeszentren» **ZIAB**  
Plateforme « Société civile dans les centres fédéraux d'asile » **SCCFA**  
Piattaforma «Società civile nei centri della Considerazione per richieden-  
ti d'asilo» **SCCA**

Schweizerische Vereinigung der Richterinnen und Richter **SVR**  
Association suisse des magistrats de l'ordre judiciaire **ASM**  
Associazione svizzera dei magistrati **ASM**

20.451 n Pa. Iv. Marti Samira. Armut ist kein Verbrechen  
Bericht über die Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens